



Wissenschaftsausschuss

60. Sitzung (öffentlich)

18. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:40 Uhr bis 18:15 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)	5
----------	---	----------

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (Ergänzung)

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Vorlage 17/3967 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/4093 (Fragen der SPD-Fraktion zum Einzelplan 06)

– Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung im
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 17/4243 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmung über die Änderungsanträge nimmt der Ausschuss den Einzelplan 06 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und AfD an.

2 Gesetz hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich

11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/10919

Ausschussprotokoll 17/1180 (Anhörung vom 04.11.2020)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion SPD,
der Fraktion FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11855

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

3 Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der Kunststoff-Kreislaufwirtschaft machen – Ein Forschungsinstitut für Kunststoffrecycling fördern 13

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10840

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

4 Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11685

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

5 Verwendung der Hochschulpaktmittel (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]*) 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4157

– mündlicher Bericht der Landesregierung

6 Bemessung der Studienplatzkapazität in Modellstudiengängen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]*) 17

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4158

– Wortbeiträge

7	Verschiedenes	18
	a) Bund-Länder-Vereinbarung gem. Art. 91b Abs. 1 des GG über die Förderinitiative „Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung“	18
	b) Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen gem. Art. 91b Abs. 1 GG über die gemeinsame Förderung von KI-Kompetenzzentren	18
	Drucksache 17/11810 Vorlage 17/4138 – mündlicher Bericht der Landesregierung Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.	
	c) BAföG Digital	20

2 Gesetz hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/10919

Ausschussprotokoll 17/1180 (Anhörung vom 04.11.2020)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion SPD,
der Fraktion FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11855

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Wissenschaftsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 16.09.2020)

Dietmar Bell (SPD) erinnert, nach Meinung der antragsstellenden Fraktionen sei die Verlängerung der gesetzlichen Regelung auf das Sommersemester und damit auf das gesamte akademische Jahr sachgerecht, da ansonsten spätestens im Februar eine erneute Befassung mit der Materie angestanden habe. Die Rückmeldung aller Statusgruppen aus den Hochschulen ließen den Schluss zu, dass sehr verantwortungsvoll verfahren worden sei. Der Änderungsantrag trage zudem einer Kritik der Hochschullehrerbundes Rechnung.

Helmut Seifen (AfD) hat die Anhörung als sehr gewinnbringend empfunden, weil die Betroffenen aus ihrer Praxis und eigenen Erfahrung berichtet hätten, was den Universitäten nutze und was nicht.

Auch wenn die AfD Dingen rund um die Pandemiebekämpfung skeptisch gegenüberstehe, leite die Exekutive nun einmal Maßnahmen ein, mit denen sich die Hochschulen auseinandersetzen müssten. Etliche der Anzuhörenden hätten mit ihrer Darstellung überzeugt, sodass er geneigt gewesen sei, den anstehenden Maßnahmen zuzustimmen.

Etwas verstimmt habe ihn allerdings, dass mit der AfD kein Kontakt bezüglich des Änderungsantrages aufgenommen worden sei und zudem die Grenze für die Geltung der Maßnahmen von bis in den Oktober verschoben werden solle. Über die Notwendigkeit dieser Verschiebung bis in den Herbst habe unter den Sachverständigen keine einheitliche Meinung geherrscht. So habe Professor Burckhart ausgeführt, die Universitäten bereiteten sich auf zwei Möglichkeiten vor; denn sofern die Pandemie im Februar 2021 als beendet erklärt werde, könne natürlich wieder auf Präsenzunterricht umgestellt

werden. Den vorliegenden Änderungsantrag könne die AfD-Fraktion daher nicht mittragen.

Dr. Stefan Nacke (CDU) schließt sich namens der CDU-Fraktion den Ausführungen des Abgeordneten Dietmar Bell an und ergänzt, die Fristverlängerung sei im Nachgang zur Anhörung in Gesprächen mit dem DHV nochmals thematisiert und von diesem befürwortet worden.

Daniela Beihl (FDP) betont, alle Sachverständigen hätten sich für eine solche Fristverlängerung ausgesprochen. Auch Professor Burckhart habe die nötige Planungssicherheit hervorgehoben. Dazu zähle die Fristverlängerung; denn ohne diese seien die Hochschulen gezwungen, im Januar, also mitten im Semester, auf Präsenzbetrieb umzustellen. Angesichts der aktuellen Situation sei dies nicht umzusetzen und unverantwortlich.

Helmut Seifen (AfD) bittet darum, ihn künftig zu informieren, wenn sich – beispielsweise im Nachgang zu einer Anhörung wie in diesem Fall – weitere Erkenntnisse ergäben.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.